

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Methodische Hinweise zur Bearbeitung von Strafrechtsfällen (Geilen)	7
A. Einleitung	7
B. Formalien	7
I. Äußere „Aufmachung“	7
II. Zur Gliederung und Belegtechnik	9
C. Zur inhaltlichen Ausgestaltung des Gutachtens	12
I. Falladäquate Problemgewichtung	12
II. Gutachten und Urteilsstil	13
III. Typische Subsumtionsfehler	13
IV. Mehrfachbeteiligung und Sachverhaltskomplexe	14
V. Konkurrenzen	15
D. Innerdeliktische Aufbau Probleme	16
I. Aufbaufragen beim vorsätzlichen Begehungsdelt	16
1. Zum Stellenwert des Tatbestandes	16
2. Zur Prüfung des objektiven Tatbestandes	17
3. Vorsatz — Tatbestandsmerkmal oder Schuldkomponente	17
II. Schematischer Überblick über den Prüfungsaufbau — der Grundtyp des Aufbauschemas	18
1. Vorprüfung	18
2. Tatbestandsmäßigkeit (objektiver und subjektiver Tatbestand)	18
3. Tatbestandsannexe (objektive Bedingungen der Strafbarkeit usw.)	19
4. Rechtswidrigkeit	19
5. Schuld	20
6. Persönliche Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgründe	21
7. Strafantrag	21
III. Der Versuchsaufbau beim vorsätzlichen Begehungsdelt	22
1. Ausbleiben der Vollendung	22
2. Grundsätzliche Versuchsstrafbarkeit	22
3. Der Versuchstatbestand (voller Tatentschluß und unmittelbares Ansetzen)	22
4. Rücktritt als weiterer Prüfungsschwerpunkt	24
IV. Überblick über den (normalen) Versuchsaufbau	25
V. Das vorsätzliche unechte Unterlassungsdelt	25
1. Unterschiedliche Markierungspunkte des Aufbaus (Überblick)	25
2. Einleitende Prüfung im Vorfeld (Abgrenzung Tun/Unterlassen)	26
3. Prüfungsetappen auf der Tatbestandsebene (tatbestandsmäßiger Erfolgseintritt, Kausalzusammenhang zu einem Unterlassen; gebotene Handlung, individuelle Handlungsfähigkeit, Quasikausalität; Gleichsetzung von Tun und Unterlassen; Garantenstellung; subjektiver Tatbestand)	27
4. Modifikationen bei Rechtswidrigkeit und Schuld (Pflichtenkollision und Unzumutbarkeit)	30

VI. Aufbauübersicht	30
E. Hinweis auf einschlägige Literatur	31

Methodische Hinweise zur Falllösung im Zivilrecht (Velte)	32
--	-----------

A. Allgemeine Hinweise	32
---	-----------

B. Die Erfassung des Sachverhaltes und das Herausarbeiten der Fallfrage	34
--	-----------

I. Das Erfassen des Sachverhalts	34
II. Herausarbeiten der Fallfrage	36

C. Die gedankliche Erarbeitung des rechtlichen Lösungsweges	39
--	-----------

I. Vorbeurteilung nach dem Rechtsgefühl; Klausurtaktik	39
II. Aufsuchen der Anspruchsgrundlagen	40
1. Bedeutung der Anspruchsgrundlagen	40
2. Auffinden von Anspruchsgrundlagen	41
a) Anknüpfen an die Rechtsfolge	41
b) Einordnung der Lebensvorgänge in Rechtsverhältnisse	42
c) Methodenkombination	44
d) Anspruchsnorm, Bedeutung und Abgrenzung von anderen Normen	44
III. Reihenfolge bei mehreren Anspruchsgrundlagen (Prüfungsreihenfolge)	45
IV. Subsumtion des Sachverhalts unter die Tatbestandsvoraussetzungen der Anspruchsgrundlage	46
1. Aufgliederung in Tatbestandsvoraussetzungen	46
2. Herausarbeitung der Bedeutung der einzelnen Tatbestandsmerkmale	47
V. Prüfung möglicher Einwendungen und Einreden	48
VI. Lösungsskizze	49

D. Endgültige Ausarbeitung und Niederschrift	50
---	-----------

I. Schwerpunkte	50
II. Form des Gutachtens (Gutachtenstil, Subsumtionstechnik)	50
III. Äußere Form der Arbeit	53

Hinweise für die Übungen im Öffentlichen Recht (Erichsen)	54
--	-----------

I. Allgemeine Hinweise	54
II. Bestandteile und Aufbau einer Übungsarbeit	55
1. Papierformat, Korrekturrand	55
2. Deckblatt	55
3. Aufgabentext	55
4. Gliederung der Arbeit	55
5. Literaturverzeichnis	56

6. Gutachtenstil und Literaturhinweise zur Methodik der Fallbearbeitung	57
7. Zitierregeln	59
8. Hilfsmittel	60
9. Sprache, Darstellungsstil	60
10. Unterschrift	60

Das Widerspruchsverfahren der VwGO in Studium und Examen (von Mutius) 61

I. Bedeutung für gutachtliche Fallösungen	61
1. Verwaltungsprozessuale Relevanz	61
2. Verwaltungsverfahrenrechtliche Relevanz	62
3. Materiell-rechtliche Relevanz	64
II. Zulässigkeit des Widerspruchs	65
1. Ordnungsgemäße Widerspruchserhebung	66
2. Statthaftigkeit des Widerspruchs	67
3. Beteiligtenfähigkeit, Handlungsfähigkeit und ordnungsgemäße Vertretung	69
4. Widerspruchsfrist	69
5. Widerspruchsbefugnis	70
6. Kein Rechtsbehelfsverzicht?	71
7. Keine Rücknahme des Widerspruchs?	71
8. Allgemeines Sachentscheidungsinteresse	71
III. Begründetheit des Widerspruchs	72
IV. Aufbauschema	73

Die Zulässigkeit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht (Erichsen) 75

A. Die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	75
1. Ordnungsgemäßer Antrag	75
2. Deutsche Gerichtsbarkeit	76
3. Der Rechtsweg zu den allgemeinen Verwaltungsgerichten	77
4. Die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	81
5. Beteiligungsfähigkeit	82
6. Prozeßfähigkeit	85
7. Das Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit	86
8. Sonstige allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	86
B. Die Klageart	86
1. Die Anfechtungsklage	86
2. Die Verpflichtungsklage	88
3. Die allgemeine Leistungsklage	89
4. Die Feststellungsklage	94
5. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	97
6. Klagearten sui generis	99

C. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen	100
1. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Anfechtungsklage	101
2. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Verpflichtungsklage	107
3. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage	109
4. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Feststellungsklage	110
5. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Fortsetzungsfeststellungsklage	111
Die Verfassungsbeschwerde (Erichsen)	114
I. Die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht	114
A) Ordnungsgemäßer Antrag	114
B) Beteiligungsfähigkeit	114
C) Prozeßfähigkeit	116
D) Öffentliche Gewalt	117
E) Prozeßführungs- und Beschwerdebefugnis	118
F) Rechtswegerschöpfung	125
G) Frist	127
H) Einwand der Rechtskraft	127
I) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	128
II. Die Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	129
A) Grundrechtsverletzung bei verfassungswidriger Begrenzung des Schutzbereichs	130
B) Grundrechtsverletzung bei verfassungswidriger Einschränkung des Schutzbereichs	136
C) Grundrechtsverletzung bei Verstoß gegen den Gleichheitssatz	139
Studium und BAföG (Millgramm)	143
I. Allgemeine Hinweise	143
II. Bedarfssätze nach dem 6. BAföG-Änderungsgesetz	144
III. Elternunabhängige Förderung	145
IV. Lebensältere Studenten	146
V. Zweitausbildung	147
VI. Unterhaltsklage (Naturalunterhalt)	150
VII. Überleitung von Unterhaltsansprüchen auf das Förderungsamt	154
VIII. Fachrichtungswechsel	154
A) Allgemeine Hinweise	155
B) Exkurs: Zusammensetzung und Aufgaben der Förderungsausschüsse	156
C) Die Begründung des Fachrichtungswechsels	158
D) Einzelne Gründe	158
E) Rechtzeitiger Wechsel	161
F) Förderungsart nach vollzogenem Fachrichtungswechsel	162

IX. Eignungsnachweis gem. § 48 BAföG	163
X. Erlaß von Darlehensteilen	165
XI. Überschreitung der Förderungshöchstdauer	165
XII. Auslandsstudium	170
XIII. Unterstützung außerhalb des BAföG	171
XIV. Zum Rechtsschutz	172

Die erste juristische Staatsprüfung (Millgramm) 173

I. Ausgangssituation	173
II. Vorbereitung auf die Endphase des Studiums	174
1. Zur Studiengestaltung	174
2. Anforderungen in der Examensvorbereitung	176
3. Zeitplanung	177
4. Studientagebuch	177
5. Studienfinanzierung in der Vorbereitungsphase	178
6. Informationen über Examensvorschriften rechtzeitig einholen	179
III. Die Examensvorbereitung	179
1. Wiederholung und systematische Vertiefung des examensrelevanten Wissensstoffes	179
A) Vorbemerkungen	179
B) Allgemeines zur Anschaffung von Literatur	180
C) Literatur zur Methodik der Fallbearbeitung und Stoffwiederholung	180
D) Studienkurse zur Vertiefung	182
E) Zeitschriften	183
F) Skripten	184
a) Grundstoffskripten und mündliche Kurse	186
b) Skripten zur Verständnisbildung	186
c) Karteikartensammlungen zur Stoffwiederholung	187
G) Die Arbeit mit Literatur und Skripten	188
2. Privatarbeitsgemeinschaften in der ersten Vorbereitungsphase	189
3. Das zweite und dritte Vorbereitungssemester	190
A) Vorbereitungsstand	190
B) Gemeinsamkeiten von Lehrveranstaltungen zur Examensvorbereitung	190
C) Die einzelnen Veranstaltungen	191
a) Repetitorien	191
b) Klausurenkurse	191
c) Ergänzung durch häusliches Klausurentaining	192
d) Exkurs: Der zeitliche Ablauf einer Examensklausur	192
e) Examinatorien	193
D) Privatarbeitsgemeinschaften bei fortgeschrittener Examensvorbereitung	193
E) Seminare	193
IV. Der Abschluß der Examensvorbereitung	194
V. Die Durchführung des Exams	194
1. Vorbemerkung	194
2. Der Zeitpunkt der Meldung	196
3. Das Anmeldeverfahren	196

4. Lebenslauf (Darstellungshinweis)	197
5. Der verwaltungsmäßige Ablauf eines Prüfungsverfahrens (Beispiel: Justizprüfungsamt bei dem Oberlandesgericht Hamm)	197
6. Die Examenshausarbeit (zugleich Hinweise für die Anfertigung von Übungsarbeiten)	199
A) Grundsätzliches zum Vorgehen	199
B) Rückgabe der unbearbeiteten Aufgabe	200
C) Exkurs: Die Erstellung einer Examenshausarbeit	200
a) Verständnis des Sachverhalts	200
b) Erster klausurmäßiger Lösungsansatz zur Orientierung	201
c) Der Einstieg in die eigentliche Fallbearbeitung	201
d) Hauptbearbeitung	202
e) Vorentwurf	202
f) Literaturverzeichnis	202
g) Reinschrift	203
h) Abgabe	203
7. Die Zeit bis zum Klausurentermin	203
8. Der Klausurentermin	204
9. Die Zeit vor dem mündlichen Examen	204
10. Die Mitteilung der Ergebnisse des schriftlichen Teils	204
11. Das mündliche Staatsexamen	205
A) Das Vorgespräch mit dem Vorsitzenden der Prüfungskommission	206
B) Das Prüfungsgespräch	206
C) Die Verkündung der Prüfungsentscheidung	207
12. Einsichtnahme in die Prüfungsarbeiten	207
13. Die Anfechtung von Prüfungsentscheidungen	207
14. Wissenschaftliche Weiterbildung, Referendardienst	208
15. Schluß	208
Jura Studienplaner (Milligramm)	209
Übersicht: Übungs- und Examensarbeiten in Jura	247
Register	249